Roland Brauckmann, Heike Möbius

Die Dresdner Initiative für einen »Sozialen Friedensdienst«

Ein Zeitzeugenbericht

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich im Oktober 1981 ein Brief überall in der DDR. Die Forderung einer Initiatorengruppe aus der evangelischen Weinbergsgemeinde Dresden traf den Nerv der Zeit: »(...) Die Volkskammer möge beschließen: Als gleichberechtigte Alternative zum Wehrdienst und Wehrersatzdienst wird ein ›Sozialer Friedensdienst (SoFd)‹ eingerichtet. Die Erfassung, Musterung und Einberufung dazu erfolgt dem Wehrdienst entsprechend. Das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht vom 24.1.1962 ist dahingehend zu ändern.«[1] Die Sehnsucht nach einem Frieden ohne Waffen entwickelte sich damals in den Herzen vieler Menschen in der DDR.



HEIKE MÖBIUS

Jugendtreffen der Weinbergsgemeinde, Dresden, Sommer 1980

Jene Gruppe von ca. 20 jungen Leuten um den Dresdner Pfarrer Christoph Wonneberger war hervorgegangen aus der »offenen Arbeit«, die sein Kollege Frieder Burkhardt aufgebaut hatte. Der Aufruf, unterzeichnet von dessen Bruder Christian, Christoph Wonneberger sowie dem Superintendenten Christoph Wetzel, war als Rundschreiben verfasst worden. Dadurch wurde das Verbot von Unterschriftensammlungen geschickt umgangen. Mangels Vervielfältigungsmöglichkeiten wurde der Brief hundertfach per Hand oder Schreibmaschinendurchschlag abgeschrieben und weiter gereicht. Das Anliegen, Eingaben an die Landessynoden der evangelischen Kirchen in der DDR zu senden, verbunden mit der Bitte, sich bei Gesprächen mit dem Staat für den waffenlosen Wehrersatzdienst »Sozialer Friedensdienst« einzusetzen, kam an. Unerwartet überfluteten bis Ende 1981 mehr als 12.000 Eingaben die Landessynoden, allein zur sächsischen Herbstsynode waren es ca. 800 Eingaben mit mehr als 2.000 Unterschriften.[2] Erich Honecker jedoch schätzte diese Initiative per Fernschreiben an die SED-Bezirksleitungen als »staats-, verfassungs- und friedensfeindlich« ein.[3] Mit einer vernichtenden Stellungnahme des Cottbusser SED-Chefs Werner Walde Ende 1981 im »Neuen Deutschland« brachte die Regierung der DDR diese Position klar zum Ausdruck. Auf diesem Novemberplenum proklamierte das ZK der SED ausdrücklich, dass »bereits unsere gesamte Republik ein Sozialer Friedensdienst sei«.[4]

Gegen Christoph Wonneberger und fünf seiner engsten Mitstreiter, darunter dem späteren Greifswalder Bischof Eduard Berger und Heike Möbius, wurde 1981 vom Staatssicherheitsdienst der Operative Vorgang (OV) »Provokateur« eröffnet. Er sollte bis 1986 auf fünf Bände anwachsen. Das Ziel des MfS war die Zurückdrängung dieser unabhängigen Friedensbestrebungen durch Verunsicherung der Initiatoren im persönlichen und beruflichen Leben. Während die langhaarigen jungen Leute der SoFd-Initiative in verrauchten Dachzimmern nächtelang an vertrauensbildenden Maßnahmen bastelten, plante der Staat bereits, die unliebsame Friedenskonkurrenz mit allen administrativen Mitteln aus dem Weg zu schaffen.

Bereits die Namen der angelegten OV belegten, was das MfS von den Initiatoren hielt: So wurde gegen den Dresdner Fotografen Steffen Giersch der OV »Feind« eröffnet, gegen den Leipziger Heinz Bächer der OV »Zersetzer«, gegen Friedemann Gehrt aus Radebeul die OPK »Junior«, gegen Pfarrer Rudolf Albrecht der OV »Pazifist«[5] und gegen den Schriftsetzer Roland Brauckmann der OV »Strohmann«[6].

Heike Möbius aus Wonnebergers »Junger Gemeinde« weckte als Gründungsmitglied der SoFd-Initiative besonders das Interesse des MfS. Als alleinerziehende Mutter engagierte sie sich zwar bewusst mehr im Hintergrund, übernahm aber wichtige Aufgaben. So schrieb sie die ersten Versionen des SoFd-Briefes auf der alten Schreibmaschine ihrer Großmutter und fertigte regelmäßig die Protokolle der Treffen des Arbeitskreises. Dies führte auftragsgemäß zum Interesse des kirchlichen Bauhandwerkers »Schnieps«, Christian Schnippa (IMS »Karl-Heinz Adam«)[7], der schon bald als ihr Lebensgefährte Zugang zu allen ihren Lebensbereichen bekam.

Gleichzeitig bediente sich das MfS weiterer Spitzel, um die Schlüsselpositionen der Initiative zu kontrollieren. »Egon« Sören Naumann (IMB »Müller«)[8] bot sich der Gruppe als Kontaktadresse an und erhielt eine der drei Kontovollmachten. Gleichzeitig erhielt er vom MfS monatlich bis zu 400 Mark Auslagenerstattung. Analog dazu übernahm Gunnar Bock (IMB »Werner Lehmann«)[9] als Beauftragter der Gruppe die Kontakte zur Studentengemeinde ESG, so dass auch diese Verbindung unter Kontrolle des MfS stand.

Als die Gruppe für Ostern 1982 eine DDR-weite »Friedenssternfahrt« aller Petenten zur Dresdner Kreuzkirche plante, zu der 2.000 junge Fahrradfahrer erwartet wurden, ließ die SED zuschlagen. Einzelgespräche staatlicher Funktionäre mit evangelischen Bischöfen zur Zurückdrängung der Initiative hatten nicht den gewünschten Erfolg gebracht.[10] Selbst Bischof Schönherr erklärte im

Mai 1982 auf einer Tagung der Heinemann-Initiative in Rastatt, dass »...wir Christen in der DDR gut daran tun, dass unser Friedenszeugnis rein bleibt. Wir Christen erinnern uns mit Scham daran, wie wenige von uns im verbrecherischen 2. Weltkrieg den Kriegsdienst verweigerten und dafür mit dem Leben bezahlten. Nicht zuletzt ist der Gedanke furchtbar, dass in einem nächsten Krieg Deutsche auf Deutsche schießen werden und damit das Gericht des zweiten Weltkrieges vollendet werden würde.«[11] Der sächsische Bischof Johannes Hempel verbot zwar seinem Pfarrer Wonneberger weitere Planungen für ein Großtreffen in Dresden, versicherte jedoch, das Anliegen »SoFd« als gesamtkirchliches Anliegen weiter vorzubringen. Für die inzwischen 40 jungen Leute der Initiative gelte aber, nachdem ihnen Kirchenstaatssekretär Klaus Gysi Tonbänder der überregionalen Arbeitstreffen vorgespielt habe: »Wir können Euch nicht mehr schützen!«[12]


HEIKE MÖBIUS

Pfarrer Christoph Wonneberger, 1981

Die Entwicklung regelmäßiger Friedensgebete

Als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber dem Staat beschloss deshalb das 3. überregionale Arbeitstreffen in Dresden am 28. - 30. Dezember 1981, zum Beispiel Arbeitseinsätze in staatlichen Alters- und Pflegeheimen. Der Lohn sollte für ein Warschauer Kinderkrankenhaus gespendet werden. Ein lange vorbereitetes »Friedensforum« in der Dresdner Kreuzkirche fand jedoch am 14. Februar 1982 statt, am 16. Mai das Friedensseminar Königswalde, am 27. Juni eine ›Friedenswerkstatt‹ in der Berliner Erlöserkirche. In Jena bildete sich eine »Friedensgemeinschaft«. Dadurch wurden umfangreiche Kontakte zum Austausch von Informationen zwischen den verschiedenen regionalen Friedenskreisen in der DDR möglich. Spätere Bausoldaten in der Gruppe wie Friedemann Gehrt wirkten maßgeblich an der systematischen Vernetzung mit. Da eine weitere zentrale Koordinierung der nichtstaatlichen Friedenskreise aufgrund heftiger staatlicher und kirchlicher Reglementierung unmöglich schien, wurde von der Gruppe am 8. Februar 1982 erstmals ein Konzept dezentraler Friedensgebete beschlossen. Dabei wurde festgelegt, weitere SoFd-Initiativen in Form von Friedensgebeten durchzuführen.[13] In Großstädten der DDR sollten zeitgleich, wöchentlich am Samstagabend (später am Sonntag bzw. Montag), Friedensgebete in zentral gelegenen Kirchen stattfinden. In Leipzig verwirklichten dies Heinz Bächer, Lutz Stellmacher, Joachim Döring und Günther Johannsen.[14] Nach der Andacht sollte dann der Informationaustausch über Ereignisse und geplante Aktionen stattfinden. Jeder Friedenskreis hätte damit die Möglichkeit, Informationen durch einzelne Abgesandte – das MfS nannte sie in ihren Akten »Kuriere« – in eine andere Region weiterzugeben und von dort zu erhalten. Das Vorhaben sollte im Sommer 1982 über persönliche Kontakte zu Multiplikatoren, wie_den Wittenberger Pfarrer Hans-Jürgen Tschiche[15], verbreitet werden. Wonneberger selbst knüpfte enge Kontakte zum Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann, der mit Robert Havemann am 25. Januar 1982 mit der Unterschriftensammlung »Berliner Appell« gegen die Aufrüstung in der DDR angetreten war.[16]

Der Staatssicherheitsdienst begann daraufhin, Verhaftungen vorzunehmen. Der Berliner Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, dessen »differenzierte Haltung« ansonsten von Gysi gelobt wurde, charakterisierte dieses staatliche Vorgehen als: »mit Haubitzen auf Schmetterlinge zu schießen«.[17] Am 10. Februar 1982 wurde auch der Schriftsetzer Roland Brauckmann festgenommen, der in einem Rüstzeitenheim des Jungmännerwerkes in Schwarzkollm eine »illegale« Siebdruckerei betrieb. Auch Eppelmann und Wonneberger wurden zwischen dem 10. und 17. Februar 1982 zeitgleich mit Brauckmann in Verhören unter Druck gesetzt. Diese Vernehmungen_wurden von der MfS-Hauptabteilung XX/4 in Berlin koordiniert, wie Brauckmann durch den Vernehmerwechsel feststellen konnte. Brauckmann wurde inhaftiert, weil er laut Berichten der Dresdner IMB »... an allen aufgeführten Zusammenkünften des Sozialen Friedensdienstes teilnahm und im Siebdruck hergestellte Aufkleber mit Aufschriften ›Frieden schaffen ohne Waffen‹ sowie ›Kopfarbeit statt Kriegsarbeit‹ beteiligt war. Weiterhin nutzte er als Mitarbeiter der ›offenen Jugendarbeit Schneerose (Hoyerswerda)‹ seine regionübergreifende Kontakte, u. a. zu ›amnesty international‹.«[18] Während einer Haussuchung in seiner Abwesenheit wurde daraufhin von der VP ein über seinem Bett hängendes Plakat mit der Namensgrafik der polnischen Gewerkschaft »Solidarność« beschlagnahmt. Eppelmann und Wonneberger wurden nach tagelanger Vernehmung wieder freigelassen – Brauckmann blieb beim MfS Cottbus in Untersuchungshaft. Hatte er doch zugegeben, dass das ›gefährliche‹ Plakat von mehreren seiner Freunde gesehen worden war. Damit war der Tatbestand der »öffentlichen Herabwürdigung der Bündnisbeziehungen der DDR« (§ 220 Abs. 2 StGB) erfüllt.

Von der MfS HA IX/2 in Berlin wurde das weitere Vorgehen gegen Brauckmann beschlossen: »Ausgehend vom vorliegenden Sachverhalt wird zur Unterbindung weiterer feindlich-negativer Handlungen des B. sowie zur Legalisierung der gegen die Friedenspolitik der Regierung der DDR gerichteten Aktivitäten des sog. Arbeitskreises Sozialer Friedensdienst und zur Verunsicherung dessen Aktivtagung am 20. 2. 1982 in Dresden vorgeschlagen: Das Ermittlungsverfahren gegen B. ist zu nutzen, um durch Beschuldigten- und Zeugenaussagen offizielle Voraussetzungen zu schaffen, kirchenleitende Persönlichkeiten erneut zu Maßnahmen gegen die Initiatoren

zu veranlassen und die zu Ostern 1982 geplanten öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zu unterbinden.«[19] Gleichzeitig hielten zwei neue weibliche IMB die Gruppe um Wonneberger weiter unter Kontrolle. Katharina Kämpfe (IMB »Elisabeth Herberg«) hatte durch ihre junge Ehe mit einem missionarischen Diakon der offenen Arbeit, der von ihrer IM-Tätigkeit nie etwas ahnte, Zugang zu allen Informationen. Nadja Lingarius (IMB »Helmert«) nutzte den Sympathiebonus als Gehbehinderte, um sich eifrig Zugang zu Wonnebergers privaten Umfeld zu schaffen. Stolz konnte sie so dem MfS eine Abschrift seines Adressbuches überreichen.

Solidaritätsschreiben in die Haftanstalt

In der nichtöffentlichen Verhandlung gegen Brauckmann beim Kreisgericht Hoyerswerda wurden im Juni 1982 die pazifistischen Aktivitäten nicht mehr erwähnt, obwohl sie in den Vernehmungen eine wichtige Rolle gespielt hatten. Alle beschlagnahmten »Beweismittel« pazifistischer Natur (Aufkleberbögen, Plakate, Aufnäher, Samisdatdrucke von Böll, Tucholsky, Reiner Kunze) gingen in das Eigentum des Staates über. Die 600 Exemplare seiner Dokumentation »Anstiftung zum Frieden« wurden bis auf ein Exemplar vernichtet, weil sie ohne Druckgenehmigung hergestellt worden waren. Sieben Seiten Urteil, die Brauckmann bis zur Wende nie ausgehändigt wurden, lagen wenige Minuten nach Verhandlung fertig vor. Brauckmanns Rechtsanwalt Wolfgang Schnur (IM »Torsten«/ OV »Heuchler«) durfte sich lediglich das Aktenzeichen abschreiben, bevor es wieder eingezogen wurde. Die sächsische Kirchenleitung bezahlte Schnurs Honorar – zumindest dessen offiziellen Teil. Von den 20 Monaten Haft ohne Bewährung verbüßte Brauckmann 15 Monate in der Strafvollzugseinrichtung (StVE) Cottbus. Solidaritätsschreiben kirchlicher Jugendgruppen, trotzkistischer Gruppen aus Westberlin, von den DDR-Liedermachern Gerhard Schöne und Bettina Wegner, sowie aus Gruppen von ›amnesty international‹ aus Esbjerg / Dänemark und Brescia / Italien gingen bei der Gefängnisleitung sowie beim Ministerrat der DDR ein.[20] Sie wurden nie ausgehändigt. Doch führte diese offene Solidarität dazu, dass er auch während der mehrmonatigen Verlegung in die »Tigerkäfig« genannten Strafzellen nicht misshandelt wurde. Am Ostermontag 1983 wurde Brauckmann im Rahmen des Häftlingsfreikaufs in die BRD abgeschoben.

Heike Möbius begann 1986 ein Theologiestudium in Leipzig, engagierte sich in der »AG Menschenrechte« erneut gemeinsam mit Christoph Wonneberger und wirkte mit bei der Durchführung von Friedensgebeten in der Nikolaikirche. Später wurde sie Pastorin in der Oberlausitz. Pfarrer Wonneberger war 1985 nach Leipzig gewechselt, wurde dort mit seiner Frau Ute in den neuen OV »Lukas« bzw. »Julius«[21] bearbeitet, gründete die »AG Menschenrechte« und engagierte sich gegen erhebliche staatliche und innerkirchliche Widerstände für die Leipziger Friedensgebete. Seine »alternativen Kirchentage« ermutigten bis zum Ende der 80er Jahre vielfältig die Friedensgruppen der Region. Kurz vor einer Diskussionsveranstaltung der »AG Menschenrechte« in der Leipziger Lukaskirche am 30. Oktober 1989 erlitt er einen Gehirnschlag mit Sprachlähmung, von dem er sich inzwischen erholt hat. Fünf Jahre später wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Roland Brauckmann (44) lebt als Typograph und Webdesigner in Berlin-Kreuzberg; **Heike Möbius** (42) lebt als Reiseführerin ebenfalls in Berlin.

---

1 Auszug aus dem »SoFd-Basispapier« in: Richter, Michael/ Wonneberger, Christoph/ Rößler, Matthias/ Vaatz, Arnold 1999: Opposition in Sachsen. Zeitzeugenberichte. In: Kuhrt, Eberhard/ Buck, Hannsjörg F./ Holzweißig, Gunter 1999: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Analysen, Erfahrungsberichte, Dokumente. Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Band 3., Leske + Budrich, Opladen. S. 237 – 276 und 244 – 250. MfS-Abschrift im OV »Provokateur« (Chr. Wonneberger, Heike Möbius u.a.), BStU, BV Dresden, AOP 1253/85 (XII/1937/81), Bd. 2, S. 4.

2 OV »Provokateur« Bd. 2, S. 41; siehe auch Dietrich, Christian u. Schwabe, Uwe: »Freunde und Feinde«, Ev. Verlagsanstalt Leipzig 1994 (www.archiv-buergerbewegung.de/ Texte/ Zeittafel.htm)

3 Fernschreiben des ZK der SED an die Bezirksleitungen. SHStA Dresden, RdB Dresden 45076, Bestand Lewerenz Abt. Inneres, Mappe »Sozialer Friedensdienst« (1981).

4 Diskussionsbeitrag des Gen. Walde auf der 3. ZK-Tagung der SED, »Neues Deutschland«, 21./22. November 1981, S. 3.

5 OV »Pazifist« (BStU, BV Dresden, AOP 153/94 [XII/1154/81]). Rudolf Albrecht initiierte als ehemaliger Bausoldat seit 1975 die evangelischen Friedensseminare in Meißen mit zuletzt 400 Teilnehmern und wurde vor allem durch IMB »Lothar Eckert«, Pfarramtssekretär der Trinitatisgemeinde Dresden, bis 1989 intensiv überwacht. Der Pfarrerssohn Friedemann Gehrt (OPK »Junior«, MfS Reg.-Nr. XII/1470/83) wurde später ebenfalls Bausoldat.

6 OV »Strohmann« (Reg.-Nr. VI/216/81), BStU, BV Cottbus, AOP 1771/82.

7 IMS »Karl-Heinz Adam« XII/2197/76 (Christian Schnippa).

8 IMB »Michael Müller« XII/1648/81 MfS KD Dresden-Stadt, Abt. XX/7 (Sören Naumann).

9 IMB »Werner Lehmann«, MfS OD TU/H Dresden (Gunnar Bock).

10 »Gespräche Gysi mit .... Amtsträgern«, MfS SED-Information Nr. 173/82, vom 8. April 1982, BStU [...] 23209.

11 »Kein Krieg mehr auf deutschem Boden« Referat Schönherr am 22. 5. 1982, www.khirte.de/pdf/frieden6.pdf

12 OV »Provokateur« Bd. 1 (Gespräch Kirchenpräs. Domsch mit Pf. Wonneberger im Auftrag der Kirchenleitung)

13 OV »Provokateur«, MfS KD Dresden-Stadt, Auskunftsbericht zur Person W. vom 22.4.1982 S. 12; ebenso in Uwe Schwabe, Symbol der Befreiung. Die Friedensgebete in Leipzig. Horch und Guck, Heft 23, 1998, S. 1 – 22.

14 Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Bonn 1997, S. 389-395 und 415-416 sowie S. Bickhardt, Gerd Poppe, Edelbert Richter, Hans-Jürgen Tschiche: »Spuren – Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR« (Samisdat, Berlin Feb. 1988): »Schon Anfang 1981 hatte Wonneberger die Vorstellung, in mehreren Städten der DDR Friedensgebete einzurichten. Als sich nun die SoFd-Initiative mit dem großen Ostertreffen 1982 Treffen nicht realisieren ließ, projektierte er dezentrale Friedensgebete in den großen Städten der DDR.«

15 »Wonneberger und Tschiche waren sich einig, daß die Bildung von ›Frieden konkret‹ gleichzusetzen sei mit der Bildung der ›Bekennenden Kirche‹ während der Zeit des Faschismus.« OV »Provokateur«, Bd. 2, S. 93.

16 Bis April 1982 deponierte Eppelmann 500 Unterschriften »an einem sicheren Ort«. Nach der Veröffentlichung des Berliner Appell in der Frankfurter Rundschau am 9. Februar 1982 wurde er 48 Stunden festgehalten; Wonneberger ebenfalls am 14. Februar 1982 nach der Verlesung des Appells im Gottesdienst.

17 MfS SED-Information Nr. 173/82 (BStU [...] 23209) vom 8. 4. 1982, S. 18.

18 OV »Strohmann« VI/216/81, Band 1 Auskunftsbericht der BV Cottbus

19 MfS Berlin HA IX/2 92/82 vom 9. 2. 1982 »Vorschlag zur Zurückdrängung eines Soz. Friedensdienstes«

20 Brauckmann: amnesty international als Feindobjekt der DDR, Schriftenreihe des Berliner LStU 1996, Bd. 3

21 OPK »Lukas« MfS KD Leipzig-Stadt (1984 – 1988); OV »Julius« MfS KD Leipzig-Stadt, XIII/1693/88.